




## Derzeitige Düngeverordnung schützt Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser nicht. Nachbarländer haben bessere Regeln

Derzeitige Düngeverordnung schützt Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser nicht. Nachbarländer haben bessere Regeln  
Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat die Bundesregierung und die Länder aufgefordert, die Novellierung der Düngeverordnung nicht auf die lange Bank zu schieben. Das Ausbringen von zu viel Stickstoff und Phosphor in Regionen mit einem hohen Anteil industrieller Agrarwirtschaft verschlechtere zusehends die Qualität des Grundwassers. So weise im Bundesdurchschnitt mehr als die Hälfte der Grundwassermessstellen inzwischen zu hohe Nitrat-Werte auf. Weil Grundwasser die wichtigste Quelle zur Trinkwassergewinnung sei, bestehe hier dringend Handlungsbedarf.  
"Das von der EU-Kommission gegen Deutschland eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nicht-Umsetzung der Nitratrichtlinie ist ein Alarmzeichen. Die Bundesregierung und die meisten Bundesländer tun zu wenig gegen Gewässer- und Bodenbelastungen aus der industriellen Landwirtschaft", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. "Beim Gewässerschutz trägt Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten die Rote Laterne. Europäische Standards kann Deutschland erst wieder erreichen, wenn die landwirtschaftlichen Nährstoffströme vollständig erfasst und die EU-Obergrenzen für Nitrat und Phosphat in der Düngeverordnung verankert sind. Der übermäßigen Ausbringung von Gülle und Kunstdünger müssen Schranken gesetzt und Verstöße geahndet werden", so Weiger.  
Der BUND-Vorsitzende verwies auf das Beispiel Dänemark, wo bei Überdüngungen Geldstrafen verhängt würden. In den Niederlanden wiederum würden sämtliche Stickstoff- und Phosphormengen erfasst, die in landwirtschaftliche Betriebe hinein- bzw. aus ihnen herausführten. Diese Verpflichtung zu einer Input-Output-Bilanz "am Hoftor" Sorge dafür, dass Verursacher von zu viel Stickstoff und Phosphat in Gewässern erkennbar würden und ihren Düngemitelesatz überprüfen. Um den Gewässerschutz zu verbessern, sei auch in deutschen Agrarbetrieben eine vollständige "Hoftorbilanz" für Nährstoffe erforderlich.  
Notwendig sei außerdem eine Datenbank über sämtliche Gülle-Transporte, auch aus dem Ausland. Allein 2013 seien von niederländischen Behörden 60000 Lastwagen mit Gülle auf dem Weg nach Deutschland erfasst worden, dies jedoch nur bis zur Grenze.  
Weiger: "Die Bundesregierung muss sich entscheiden: Entweder sorgt sie für sauberes Grund- und Trinkwasser oder sie gibt der Agrarindustrie das fragwürdige Recht, das Lebensmittel Nummer Eins, das Wasser, weiterhin zu verschmutzen."  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0  
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40  
Mail: bund@bund.net  
URL: <http://www.bund.net>  


### Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net  
bund@bund.net

### Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net  
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.